



eGov-Löwe für Ingolstadt

Ingolstadts Oberbürgermeister
Dr. Alfred Lehmann (l.) und
Ordnungsreferent Helmut Chase

Bürokratieaufwand *Interview mit Helmut Kruczek, Stadtwerke Straubing* Seite 8
Elektronisches Personenstandsregister *Alles nach Fahrplan* Seite 24
SEPA-Einführung *Aufwand nicht unterschätzen!* Seite 28

Besuchen Sie uns auf der CeBIT 2013

Halle 7 Stand A62

Vertriebstochter kommtIT GmbH

Sie sehen das Bürgerservice-Portal, Apps für Bürger und Sachbearbeiter sowie alle Fachverfahren der AKDB.

Halle 7 Stand B50

Bundesministerium des Innern

Testen Sie die Ausweis-Auskunft. Weitere Themen: De-Mail und ein Projekt zur vereinfachten Kfz-Abmeldung.

Halle 7 Stand C58

CIO der Bayerischen Staatsregierung

Neue GIS-Lösungen bieten Kommunen viele Möglichkeiten. Weitere Themen: die Serviceplattform Digitales Bayern sowie ein Erfahrungsbericht der Stadt Ingolstadt zum Bürgerservice-Portal.

Halle 9 Stand A50

Bayern Innovativ

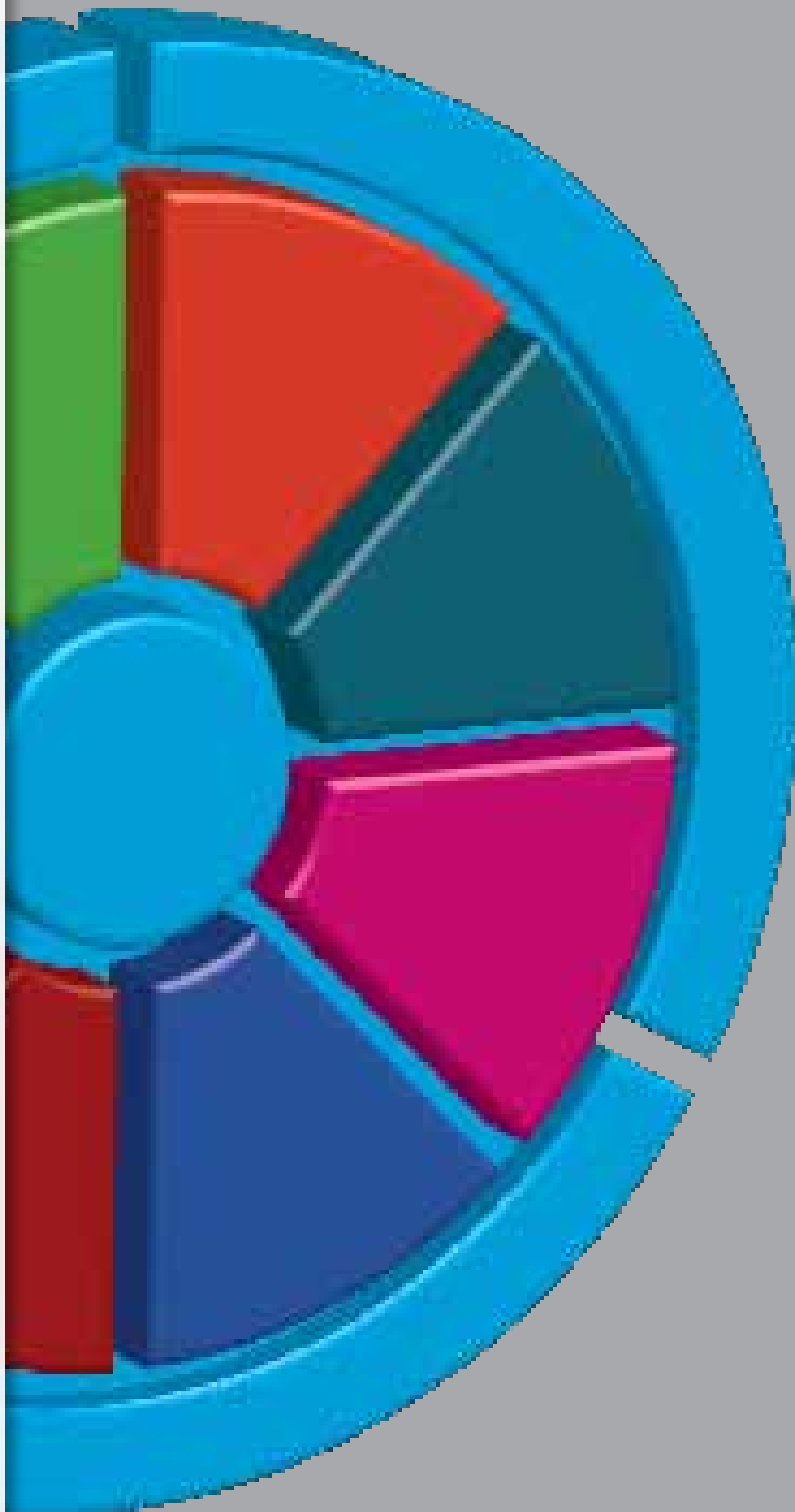
Die AKDB präsentiert die Registrierung mobiler Endgeräte im Bürgerservice-Portal.

Ihr persönliches Messe-eTicket können Sie unter pr@akdb.de bestellen. Begrenztes Kontingent!

The CeBIT logo consists of the word "CeBIT" in a white, sans-serif font, centered within a solid red square.

cebit.com

HANNOVER
5.–9. MÄRZ 2013



Editorial



Vor etwa 15 Jahren begann die AKDB damit, ihren Kunden Lösungen für das IT-Outsourcing anzubieten. Damit reagierte unser Unternehmen frühzeitig auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltungen, immer mehr IT-Dienstleistungen auszulagern. Die Entwicklung der Kundenzahlen in diesem Bereich unterstreicht dies eindrucksvoll. Mit dem Outsourcing-Angebot der AKDB können sich Kommunen noch mehr auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. IT-Outsourcing heißt aber nicht, die Kontrolle aus der Hand zu geben, sondern die Verantwortung für die IT zu delegieren.

Gerade vor dem Hintergrund der Informationssicherheit, das heißt der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität, stellt die IT sehr hohe Anforderungen. Die AKDB unterstützt die Kommunen mit ihrem professionellen Rechenzentrumsbetrieb, gerade im Umgang mit Bürgerdaten, den sensibelsten Gütern einer öffentlichen Verwaltung. Im Service-Rechenzentrum der AKDB stehen die Systeme rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung, von wenigen Wartungszeiten abgesehen. Der Einsatz von Virtualisierungstechnik garantiert darüber hinaus einen hohen Ausfallschutz der Systeme.

Neben der Informationssicherheit spielen in finanzieller Hinsicht natürlich auch Synergieeffekte eine große Rolle. Mit dem IT-Outsourcing verringern sich die Investitionen in die örtliche IT-Infrastruktur. Das Investitionsrisiko verlagert sich, dafür bieten sich den Kunden mehr Kostentransparenz und Planungssicherheit. Der Trend zum IT-Outsourcing ist weiter anhaltend – mittlerweile stark mit dem Begriff „Cloud“ verknüpft –, deswegen baut die AKDB ihr Leistungsangebot im Service-Rechenzentrum sukzessive aus. Neben dem Angebot für komXwork und Exchange im Service-Rechenzentrum arbeitet die AKDB derzeit daran, künftig eine skalierbare Systemumgebung in einem professionellen Rechenzentrums-umfeld zur Verfügung zu stellen.

Lesen Sie in der aktuellen Ausgabe über Rechenzentrums-Lösungen der AKDB, über den Outsourcing-Trend mit dem 1.000. AntiSta-Kunden im Rechenzentrum, ein interessantes Interview mit dem Geschäftsführer der Straubinger Stadtwerke und über den erfolgreichen Wechsel in das Finanzwesen zentral Dialog. Außerdem über weitere Innovationen und zukunftsweisende Trends im kommunalen IT-Bereich, zum Beispiel über das Bürgerservice-Portal im eGovernment, über die ortsunabhängige Kfz-Zulassung im Verkehrswesen oder viele weitere Themen.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen

Dirk Schulz

Leiter Geschäftsfeld Outsourcing

Kurzmeldungen4

Schwerpunkt

Die sichere Cloud bei der AKDB	6
Bürokratie versus Effizienzdruck: Interview mit Helmut Kruczek, Stadtwerke Straubing	8
kommunalBIT: 1000. AntiSta-Anwender im Outsourcing-Rechenzentrum	10
Neue Rechenzentrumslösung in Bayreuth	11

Aktuell

Messevorschau CeBIT 2013	12
Informationen aus dem Innenministerium:	
Neues zum Online-Ausweis	13
Erweitertes Angebot zum Bürgerservice-Portal	14
Leichtere Kfz-Zulassung auch in Niederbayern	15

Im Einsatz

Personalwirtschaft setzt auf eLearning	16
Reisekostenmanagement bei der Stadt Hof	17
OK.PWS im Stadtkrankenhaus Schwabach	18

Lösungen

Landkreise: Elektronische Personalakten	20
Sozialpädagogische Diagnostik in OK.JUG	22
EPR-Einführung: Alles nach Fahrplan	24
Schneller Datenaustausch zwischen Melde- und Ausländerbehörden	25
Zwei starke Partner im Beitragswesen	26
Praxisbericht von der SEPA-Einführung	28

System

Mandatos App für das Sitzungsmanagement ..	29
--	----

Intern

Philipp Schuster im Interview	30
-------------------------------------	----

Ausblick

Personalwirtschaft 2013	31
-------------------------------	----

Bayern-CIO Pschierer verleiht eGovernment-Preis

eGovernment-Löwe für Ingolstadt



Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer (r.) verleiht Ingolstadts Rechtsreferenten Helmut Chase (M.) und Bürgerbüro-Chef Karl Koller den ersten Preis: den eGovernment-Löwen für spürbaren Bürgerservice.

Die Bayerische Staatsregierung ehrt mit dem Bayerischen eGovernment-Löwen Projekte, die Vorteile und Erleichterungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung bringen. Den ersten Preis erhielt im November die Stadt Ingolstadt, die zum Nutzen ihrer

Bürger effektives eGovernment mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB betreibt. Der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Franz Josef Pschierer, begründete die Entscheidung der Jury: „Ingolstadt verzeichnet wegen der Online-Angebote für

Bürger die höchsten Freischaltquoten für die eID-Funktion beim neuen Personalausweis.“ Pschierer bezeichnete die Lösung als Vorbild für andere Kommunen und als Beitrag zu einem wirkungsvollen Bürgerservice.

Helmut Chase, Ingolstadts Referent für Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, sah in der Preisverleihung die Bestätigung, dass Ingolstadt beim Bürgerservice den richtigen Weg beschritten habe. Besonderer Dank galt der AKDB, „ohne die wir das gesamte Projekt nicht hätten stemmen können“, so Chase.

Der Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth freute sich über die Auszeichnung ganz besonders: „Der Preis belohnt das große Engagement der Stadt, mit dem Bürgerservice-Portal ein auf die Belange der Nutzer ausgerichtetes Online-Angebot bereitzustellen. Dass wir dafür die nötige Plattform-Technologie anbieten, macht uns stolz und zeigt, dass die AKDB mit dem Bürgerservice-Portal Verwaltungen noch bürgernäher werden lässt.“

Klausurtagung in Kloster Banz

Motto „Zukunftslabor“

Erstmals war die AKDB zur Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im fränkischen Kloster Banz eingeladen, die unter dem Motto „Zukunftslabor“ stand. Dabei wurden unter anderem Möglichkeiten des modernen Bürgerservice und eGovernments präsentiert. Die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt berühren inzwischen zahlreiche Lebensbereiche der Bürger. Die AKDB zeigte in diesem Zusammenhang ihr bei immer mehr Kommunen erfolgreich eingesetztes Bürgerservice-Portal.



Sehen Sie einen kurzen Film zur Klausurtagung online

Podiumsdiskussion „Digitale Bürgerportale der Zukunft“

Moderner Staat gut besucht



Kompetente Diskussionspartner auf der Verwaltungsmesse Moderner Staat

Die Fachmesse Moderner Staat stieß wieder auf große Resonanz. Sie fand letztmals unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministeriums und letztmals auf dem Berliner Messegelände statt.

Mehr als dreitausend Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen kamen nach Berlin und informierten sich über aktuelle Trends, Projekte und Lösungen für die öffentliche Ver-

waltung. Auch die AKDB war vor Ort und stellte ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen im Rahmen des Vortragsforums vor.

Michael Diepold, Leiter des Geschäftsfelds eGovernment, diskutierte auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Digitale Bürgerportale der Zukunft“ mit Catrin Hinkel (Accenture), Frank-Rüdiger Srocke vom Bundesinnenministerium, Christi-

an Rupp, Plattform Digitales Österreich und Adelbert Morgenthaler von der Bundesagentur für Arbeit. Michael Diepold brachte in seinem Vortrag die Ausrichtung der Portaltechnologie seines Unternehmens auf einen Nenner: „Der Ansatz der AKDB ermöglicht es, Online-Angebote durchgängig und über Verwaltungsebenen hinweg zu bündeln und damit die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.“

Stadt Kaufbeuren

OK.JUG und OK.KIWO

Die Verwaltung der Stadt Kaufbeuren nutzt künftig OK.JUG und OK.KIWO. Die Entscheidung des Fachamtes und des IT-Bereichs der Allgäuer Stadt fiel einstimmig zugunsten der beiden AKDB-Produkte. Das Jugendamt beabsichtigt, OK.JUG in vollem Umfang einzusetzen. Die Software übernimmt die Grunddaten aus dem lau-

fenden hauseigenen Verfahren. 23 Mitarbeiter bekommen im Moment Einführungen und Schulungen. Ab Jahresbeginn 2013 setzt das Jugendamt OK.JUG in seinen Verwaltungsbereichen ein, die sozialen Dienste wollen kurze Zeit später mit OK.JUG und OK.KIWO in den Echtbetrieb gehen.

Rathaus Kaufbeuren





AKDB-Rechenzentrums-Lösungen

Die sichere Cloud

Der Trend zum Cloud Computing, also zum „Rechnen in der Wolke“, ist ungebrochen. Cloud Computing beschreibt das Konzept, dass ein Teil der IT-Landschaft wie Hardware, Rechenzentrum, Datenspeicher und Software, auf Nutzerseite nicht mehr selbst betrieben wird, sondern Rechen- und Netzwerkkapazität sowie Datenspeicher bedarfsangepasst über ein Netzwerk zur Verfügung stehen. Dem Nutzer scheint diese abstrakte IT-Infrastruktur dabei allerdings bisweilen intransparent, wie von einer „Wolke“ verhüllt.

Wie können öffentliche Verwaltungen von diesem Cloud-Trend profitieren? Der öffentliche Sektor unterliegt einem ständigen gesetzlichen Wandel mit immer komplexeren vernetzten Gesamtsystemen. Die Nutzer wollen sich mit diesen Vorgaben im Detail nicht beschäftigen, es geht ihnen hauptsächlich darum, dass ihre Aufgaben korrekt, zuverlässig, schnell und sicher erledigt werden. Sie wollen einen installationsarmen Arbeitsplatz-

PC und eine papierlose, medienbruchfreie Bearbeitung von Vorgängen. Gerade bei komplizierten gesetzlichen Vorgaben erleichtern eine fachgerechte und individuell ausgerichtete Software und eine automatisierte Verkettung der Fachprozesse die Arbeit erheblich.

Cloud bei der AKDB

Die AKDB stellt abseits der Cloud-Diskussion bereits seit Jahren ihre Vertrauenswürdigkeit im Umgang mit hoheitlichen Daten im Rechenzentrum unter Beweis. Das Vertrauen in die AKDB drückt sich zum Beispiel bei der Beauftragung für den Aufbau und den Betrieb des neuen elektronischen Personenstandsregisters aus.

Moderne Softwarelösungen werden zunehmend als Dienstangebote strukturiert, Stichwort Software as a Service. Diese werden über (Behörden-)Netze von vertrauenswürdigen Servern angeboten und in einer minimierten Vor-Ort-Umgebung mit

schlankem Client-Arbeitsplatz und Endgeräten wie Scanner, Drucker, Kartenleser genutzt. Da heute der Netzzugang fast überall möglich ist, spielt der Serverstandort nur eine untergeordnete Rolle: Das Gesamtsystem muss „online“, hochverfügbar und absolut zuverlässig sein, zum Beispiel bei Datenübermittlungen oder bei direkten Datenzugriffen. Den Nutzern ist es wichtig, dass die Wolke nicht anonym ist. Vielmehr wollen sie wissen, bei wem ihre Daten liegen und welchem Dienstleister sie vertrauen können.

Fokus auf Datenschutz und Datensicherheit

Dienstleister wie die AKDB garantieren Betriebssicherheit und eine datenschutzgerechte Abwicklung der Dienste. Dies passiert bei der AKDB durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Regeln in allen sicherheitsrelevanten Bereichen. Gebäude- und Zutrittsschutz werden zum Beispiel durch eine strenge Besucherkontrol-



Beispiele für Cloud-Lösungen bei der AKDB

le mit Chipkarte und Videoüberwachung sichergestellt. Der Zugang zu den IT-Systemen beziehungsweise zu personenbezogenen Daten ist im AKDB-Rechenzentrum ausschließlich autorisierten Personen vorbehalten. Differenzierte und aktuelle Berechtigungen gewähren einen maximalen Zugriffsschutz. Und schließlich bietet die AKDB einen mehrstufigen Virenschutz und verhindert im Notfall mit dem Einsatz redundanter Systeme und dieselbetriebener Stromaggregate einen möglichen Datenverlust.

Stichwort Green-IT: Klimaschutz und Nachhaltigkeit prägen das Bewußtsein vieler Bürger. Ein optimaler Serverraum ist eine wichtige Voraussetzung für Green-IT. Das Rechenzentrum der AKDB nutzt die Rechnerkapazität effizient durch Virtualisierung. Dies spart unter anderem Energie gegenüber einer Vielzahl von lokalen Servern in den Kommunen und trägt zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bei.

- Im Meldewesen besteht seit 2007 ein deutschlandweiter Meldeverbund. Neben dem Nachrichtenaustausch zwischen den über 5.000 Meldebehörden wurden in vielen Ländern – mit Bayern und der AKDB als Vorreiter – Melderegister für Online-Behördenauskünfte und einfache Adressauskünfte für Private geschaffen. Die Register sind hochverfügbare, sichere, datenschutzgerechte Web-Informationssysteme in hoheitlichem Betrieb.
- Der neue Personalausweis mit seiner eID-Funktion schafft die Grundlage zur rechtsverbindlichen elektronischen Abwicklung von Vorgängen zwischen Bürgern und Behörden. Das Bürgerservice-Portal der AKDB bündelt geeignete Dienste im 24-Stunden-Betrieb und stellt die direkte Verbindung in die Fachverfahren her, zur medienbruchfreien, automatisierten und schnellen Erledigung.
- Im Verkehrswesen sorgt die AKDB im Rahmen der erweiterten Zuständigkeit für die gegenseitige Zusammenarbeit von Kfz-Zulassungsstellen. So werden die entsprechenden Kfz-Register ständig aktuell gehalten.
- Neben der inzwischen selbstverständlichen technischen Basisbetreuung des AKDB-Outsourcing-Rechenzentrums wie Übernahme von Administrationaufgaben können Kunden fachliche Cloud-Dienste nutzen, einschließlich der entsprechenden Service-Leistungen. Dies trifft auf nahezu alle AKDB-Verfahren zu und entlastet Behörden in Anbetracht des Mangels an Fachpersonal bei fachlichen Routineaufgaben erheblich.

Interview mit Helmut Kruczek, Geschäftsführer der Stadtwerke Straubing GmbH, über Bürokratieaufwand versus Effizienzdruck

„Die Bürokratie zwingt uns zu noch mehr Effizienz“

Die Stadtwerke Straubing GmbH ist ins AKDB-Rechenzentrum für Versorgungsunternehmen gewechselt. Die jahrzehntelange Partnerschaft mit der AKDB erfährt damit ein neues Kapitel. Basis ist die Software von Schleupen.CS mit den Komponenten Kaufmännisches Rechnungswesen, Marktkommunikation und Vertragsabrechnung. Inzwischen ist die dezentrale Schleupen-Applikation durch eine Terminalserver-Lösung im Rechenzentrum abgelöst.

Hauptgründe für den Wechsel waren den Straubingern zufolge der verbesserte Sicherheitsaspekt und eine vereinfachte Administration. Die Stadtwerke aus der Gäuboden-Metropole sind mit 70.000 Verträgen und den Tarifarten Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Fernwärme einer der größten Versorger in Niederbayern. Helmut Kruczek, Geschäftsführer der Straubinger Stadtwerke GmbH, im Interview über das AKDB-Rechenzentrum und über die Konsequenzen der zunehmenden Bürokratisierung.

Welche Gründe hatte Ihre Entscheidung für das Rechenzentrum?

Helmut Kruczek: Die Vorgaben des Gesetzgebers bzw. der Bundesnetzagentur sind nur noch mit großer Mühe sowie hohem finanziellen und personellen Einsatz zu erfüllen.

Es stellt sich zwangsläufig die Frage, was man hier als Unternehmen noch mit eigenen Kräften erfüllen kann oder ob man auf einen spezialisierten Dienstleister zurückgreifen soll. Wir sind der erste strukturell entflochtene Energieversorger, der in das AKDB-Service-Rechenzentrum wechselt. Der Wechsel ins Rechenzentrum, organisiert und durchgeführt von den Spezialisten der AKDB und der LivingData, lief ebenso geräuschlos wie erfolgreich ab.

Welche Bedeutung messen Sie der IT insgesamt zu?

Helmut Kruczek: Die IT steht zunehmend im Mittelpunkt und ist bereits ein entscheidender Wettbewerbsfaktor in der Energiewirtschaft. Dabei ist es eine grundsätzliche strategische Entscheidung, ob wir uns das Know-how, das die AKDB im jahrzehntelangen Rechenzentrumsbetrieb besitzt, selber aufbauen wollen und können. Das muss jedes Unternehmen für sich entscheiden, aber wenn man diesen Bereich selber zu vertretbaren Kosten abdecken will, wird man sich früher oder später auch um Drittgeschäft bemühen; das muss man abwägen.

Was wir mit der AKDB verbinden, ist der Service, der hinter einem solchen Angebot steht. Ich benötige kompetente Leute, die mit meiner Software zurechtkommen sowie eine 99,5-

prozentige Verfügbarkeit, Sicherheit und entsprechende Redundanz. Außerdem ist die AKDB in der Lage, Skaleneffekte zu realisieren, die sich dann auch im Angebotspreis niederschlagen.

Wie beurteilen Sie die Konsequenzen der Bürokratisierung im Energiebereich?

Helmut Kruczek: Die Bundesnetzagentur fordert Abfragen, Dokumentationen und Datenmengen in einem wachsenden Ausmaß. Sehen Sie sich den Strompreis an: Er wird zu 50 Prozent von öffentlichen Abgaben dominiert, dazu kommen, Tendenz steigend, 25 Prozent Netzentgelte, und die restlichen 25 Prozent bestimmen angeblich den Wettbewerb. Von diesem Anteil müssen die Energieversorger Vertrieb und Energieeinkauf decken. Beim Energieeinkauf ist nur noch etwa die Hälfte börsenbestimmt, der Rest durch das EEG. Und jetzt versuchen Sie einmal, den Kunden die Funktionsweise der Ausgleichsmechanismus-Verordnung zu erklären oder die anderen Umlagen und Abgaben. Die Politiker versuchen gerade, mehr oder weniger geschickt, sich aus ihrer Verantwortung herauszureden. Alle Umlagen, Abgaben und Steuerungseingriffe sowie die dazugehörigen Ausnahmen beruhen auf politischen Entscheidungen und nicht auf Marktmechanismen,



*Helmut Kruczek,
Geschäftsführer der Stadtwerke
Straubing GmbH*

deshalb wird immer weiter nachgebessert werden müssen.

Dringend notwendige Kraftwerke werden aktuell aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gebaut und der Netzausbau stockt gerade im Übertragungsnetz. Bei einer wirtschaftlich umsetzbaren Speichertechnologie stehen wir erst am Anfang, da ist sogar noch Forschungsarbeit zu leisten.

Wenn man sich die Zusammensetzung des Strompreises ansieht und auch die Entwicklung der Börsenpreise, die sich nur noch wenig bewegen, dann werden die Stromvertriebe in Zukunft hauptsächlich Inkassounternehmen für staatlich bestimmte Abgaben, die sie einziehen, verwal-

ten und weiterleiten. Für den Wettbewerb werden meiner Einschätzung nach in Zukunft deshalb weniger die Einkaufspreise, sondern die Prozesskosten der Unternehmen eine entscheidende Rolle spielen.

Es wird noch wichtiger, alle Verwaltungsaufgaben so effizient wie möglich zu organisieren. Aufgrund des steigenden bürokratischen Aufwands, der zwangsläufig auch mehr Personal erfordert, ist das eine echte Herausforderung.

Ist die Rekommunalisierung ein Erfolgsrezept?

Helmut Kruczek: In den nächsten Jahren entscheidet sich, welche Strukturen hier geschaffen werden.

Unbestritten spielen die Stadtwerke bei der Energiewende eine wichtige Rolle. Auch die Erzeugung wird dezentraler werden. Aber nur durch eine Netzübernahme entsteht noch lange kein funktionierendes Stadtwerk. Sie haben im ersten Schritt einen Netzbetreiber mit all seinen Pflichten und in der Regel kein Personal, das mit diesen Aufgaben vertraut ist. Und damit gibt es auch keine Einnahmequelle, aus der Sie kommunale Energieprojekte finanzieren können, denn die Erlöse werden für das Netz benötigt.

Die tatsächlichen Spielräume sind viel enger, als manche wahrhaben wollen. Letztendlich muss man aber immer jeden Einzelfall mit entsprechendem Realismus analysieren.

kommunalBit ist 1.000. AutiSta-Anwender im Outsourcing-Rechenzentrum

„Das Angebot der AKDB hat gepasst“

Das neue Personenstandsgesetz verpflichtet die Standesämter, die Personenstandsregister spätestens ab dem 1. Januar 2014 in elektronischer Form zu führen. Dann werden Neubeurkundungen wie Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Lebenspartnerschaften in elektronischen Registern durchgeführt. Der Nachrichtenaustausch zwischen den Standesämtern läuft elektronisch auf Basis des Standardformats XPersonenstand.

Dies stellt hohe Anforderungen an die IT-Infrastruktur der Kommunen und bedeutet einen administrativen und finanziellen Mehraufwand für Überwachung, Verwaltung und Konfiguration des Gesamtsystems. Deshalb bietet die AKDB den Betrieb des Fachverfahrens AutiSta in ihrem professionellen Outsourcing-Rechenzentrum an. Die Vorteile überzeugen: Mit der kommunalBIT AÖR, dem zentralen IT-Dienstleister für die Städte Erlangen, Fürth und Schwabach mit Sitz in Fürth, hat sich der tausendste Kunde für das Outsourcing-Angebot der AKDB entschieden.

Warum betreibt die kommunalBIT AutiSta 9 bei der AKDB, während sie doch gleichzeitig über entsprechende Technik und Personal verfügt? Vorstand Walter Brosig dazu: „Bei den Anforderungen, die AutiSta an die Administration stellt, war die Entscheidung der kommunalBIT, ins Rechenzentrum der AKDB zu gehen, die wirtschaftlichste. Das Angebot hat gepasst!“ Brosigs Angaben zufolge verlief der Umzug in das Re-



von links: Robert Dietz (AKDB), Vorstand Walter Brosig, Herbert Rupp und Harald Schmitt (kommunalBIT) mit Katja Herold (AKDB)

chenzentrum „reibungslos, auch im laufenden Betrieb“.

Dieser Erfolg belegt das hohe Vertrauen der Kommunen in die langjährigen Erfahrungen der AKDB beim Betrieb von kommunalen Fachverfahren im Outsourcing-Rechenzentrum. Das Outsourcing erfordert geringere Investitionen in die örtliche IT-Infrastruktur und bietet bessere Kostentransparenz und Planungssicherheit für die Haushalts- und Finanzplanung. Aus technischer Sicht werden Datensicherung, Datenschutz und IT-Sicherheit durch den professionellen Rechenzentrumsbetrieb der AKDB gewährleistet. So können sich die Kommunen stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.



Die **kommunalBIT AÖR** ist die IT-Ausgliederung der drei Städte Erlangen, Fürth und Schwabach. Mit einem zentralen Rechenzentrum und einem städteübergreifenden Netzwerk erbringt die kommunalBIT in ihrer „Zentrale“ in Fürth den Betrieb von Fachanwendungen und sonstiger Hard- und Software sowie sämtliche Dienstleistungen im Zusammenhang mit Datennetzen, Telekommunikation und PC-Arbeitsplätzen. Für die Stadt Erlangen betreut sie auch die IT an allen Schulen.

Doppik-Einstieg mit Finanzwesen zentral Dialog

Neue Rechenzentrumslösung für die kreisfreie Stadt Bayreuth

Nach einer europaweiten Ausschreibung hat sich die Stadt Bayreuth für die neue Rechenzentrumslösung der AKDB, Finanzwesen zentral Dialog, entschieden. Bayreuth, die größte Stadt Oberfrankens mit 73.000 Einwohnern, hat vor dem Start in die Doppik mit dem teildezentralen Verfahren der AKDB im Rechenzentrum gearbeitet. Bayreuth ist die erste kreisfreie Stadt, die Finanzwesen zentral Dialog im Service-Rechenzentrum anwendet. Mittlerweile nutzen zahlreiche Kunden verschiedener Größe die neue Rechenzentrumslösung.

Finanzwesen zentral Dialog steht den Kunden unabhängig vom Buchungsstil zur Verfügung. Die AKDB stellt dafür die IT-Infrastruktur bereit: eine ideale Kombination eines modernen Dialogverfahrens mit den Serviceleistungen eines Rechenzentrums. Den technischen Betrieb, die Datensicherung sowie die Durchführung und Überwachung der Produktionsabläufe übernimmt die AKDB. Der Kunde kann sich somit auf die Erledigung seiner fachlichen Aufgaben konzentrieren.

Rechtzeitige Vorbereitung verhindert Stress

Mit der Vertragsunterzeichnung im April 2010 startete die Stadtverwaltung Bayreuth ein umfangreiches Projekt, um zum Haushaltsjahr 2012 den doppelten Buchungsbetrieb aufzunehmen. Die Umstellung vom kameralen ins doppelte Buchungssystem bedeutet einen großen Veränderungsprozess in der Verwaltung und wird nun optimal unterstützt. 2010 war damit begonnen worden, das gesamte Vermögen zu erfassen. Die doppelte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 wurde bereits im Laufe des Jahres 2011 in Angriff genommen. Die vorgelagerten Projektschritte Vermögenserfassung und doppelte Haushaltsplanung weit vor Beginn des Buchungsbetriebs entzerrten den Umstellungsprozess und gestalteten den Umstieg zum Jahreswechsel für die Verwaltung stressfreier. Inzwischen ist also der Echtbetrieb für die Kernbereiche doppelte Buchhaltung/Zahlungsabwicklung sowie für den gesamten Bereich der Veranlagung planmäßig und erfolgreich angelaufen.

Das Festspielhaus Bayreuth ist weltberühmt. Auch die Finanzverwaltung der Stadt kann sich sehen lassen.



Messevorschau Schwerpunktthemen

Lösungen auf der CeBIT 2013

Auf der weltgrößten Computermesse CeBIT 2013 präsentiert die AKDB wieder alle Themen rund um kommunale IT-Lösungen, vor allem im Bereich eGovernment. Unter dem Motto „Das Bürgerservice-Portal – die eGovernment-Plattform“ sehen Messebesucher alles zum Thema Online-Verwaltungsdienstleistungen mit dem neuen Personalausweis für Bund, Länder und Kommunen.

Auf insgesamt vier Messeständen zeigt die AKDB zusammen mit der Vertriebs-tochter komMIT neueste Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Bereich. Höhepunkte sind wieder zahlreiche neue Dienste beim Erfolgsprodukt Bürgerservice-Portal, insbesondere mit mobilen Anwendungen. Daneben präsentiert die AKDB zur medienbruchfreien Abmeldung im Kfz-Wesen ein Pilotprojekt mit dem Ingolstädter Autohersteller Audi.

Zum Thema Geografische Informationssysteme sehen die Messebesucher weiterentwickelte GIS-Lösungen, bei denen Kommunen auf das AKDB-Rechenzentrum zurückgreifen und Geofachdaten einfach im Internet veröffentlichen können.

Die AKDB wird auf der CeBIT das Thema Weiterentwicklung und damit den nächsten Schritt in die Zukunft vorstellen. Kommunale Sachbearbeiter und Administratoren profitieren von optimierten Benutzeroberflächen und einem Plus an Komfort. Eine neue gemeinsame Entwicklungsplattform sorgt für eine noch höhere Integration der AKDB-Produkte. **Besuchen Sie uns! Standnummern auf Seite 2!**



Die AKDB zeigt auf der CeBIT die wichtigsten Trends für Kommunen.

Klarer Trend zu einem wirksamen eGovernment Weitere Kommunen entscheiden sich für das Bürgerservice-Portal

Das Bürgerservice-Portal schreibt Erfolgsgeschichte. 2012 haben sich rund 60 Kommunen für das Portal der AKDB entschieden, zum Beispiel Gemeinden wie Brunthal, Schwarzenbruck und Zorneding ebenso wie die Städte Garching, Karlstadt, Lauf und viele weitere.

Auch im Bereich der Landkreise stößt das Bürgerservice-Portal auf immer größeres Interesse, besonders das gemeinsame An-

gebot mit den kreisangehörigen Gemeinden.

Zukünftig profitieren diese Kommunen durch die Nutzung des Bürgerservice-Portals von den Vorteilen der medienbruchfreien Plattform. So bieten sie ihren Bürgern einen komfortablen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen in Verbindung mit der Nutzung des neuen Personalausweises an.

Praxisnahe Informationen aus dem Innenministerium

Neuigkeiten zum Online-Ausweis

Bürgerinnen und Bürger, die einen Personalausweis beantragen, haben in der Regel viele Fragen zu dem neuen elektronischen Identitätsausweis (eID). Unterstützung für die Beratung erhalten die Personalausweisbehörden durch neues Informationsmaterial, wie Frank-Rüdiger Srocke vom Bundesministerium des Innern berichtet:

„Im Sommer 2012 hat das Bundesinnenministerium Infokarten an alle Personalausweisbehörden verteilt, die grundlegende Fragen zur Online-Ausweisfunktion beantworten und Dienste vorstellen, bei denen sich Bürger mit dem neuen Personalausweis online ausweisen können. Die Karten informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalausweisbehörden über die neuen Möglichkeiten und erleichtern die Beantwortung typischer Bürgerfragen. Eine elektronische Version der Karten kann zudem auf Bildschirmen in den Warteräumen gezeigt werden. Die eID-Einsatzmöglichkeiten können die Bürgerinnen und Bürger

auch auf www.personalausweisportal.de erkunden. Die Portalseite wurde überarbeitet und neu strukturiert nach den Zielgruppen ‚Bürgerinnen und Bürger‘, ‚Wirtschaft‘ und ‚Verwaltung‘.

Für die Beratung in Personalausweisbehörden eignen sich insbesondere die Seiten mit ‚Anwendungen‘ im Bereich ‚Bürgerinnen und Bürger‘ sowie die Seite ‚Online-Ausweise‘, die Vorteile und Handhabung der Funktion erklärt. Diese Informationen wurden auch mit der Broschüre ‚Der neue Personalausweis – Informationen zur Online-Ausweisfunktion‘ im Sommer 2012 zur Verfügung gestellt. Sie löst die bisherige Informationsbroschüre ab und beantwortet einfach und verständlich alle wichtigen Fragen.

Ergänzt wird das Material durch Plakate, die die Vorteile der Online-Ausweisfunktion illustrieren und zum Beispiel in Warteräumen der Behörden aufgehängt werden können.“



Erweitertes Angebot, viele Möglichkeiten für Bürger

Neue Dienste im Bürgerservice-Portal

Der kontinuierliche Ausbau der fachlichen Online-Dienste im Bürgerservice-Portal ist 2013 ein wesentlicher Schwerpunkt der AKDB. Derzeit werden bereits über 20 verfügbare Online-Dienste um neue Angebote erweitert und den Bürgern zur Verfügung gestellt. Hier ein kurzer Überblick über die Bereiche:

Führerscheinwesen

- Antrag zur allgemeinen Fahrerlaubnis: Ersterteilung, Erweiterung, Umtausch in EU, Neuerteilung, Ersatz, Verlängerung, Änderung von Auflagen, Umschreibung ausländische Fahrerlaubnis und Umschreibung Dienstfahrerlaubnis
- Antrag zur Erlaubnis der Personenbeförderung: Ersterteilung, Erweiterung, Ersatz und Verlängerung
- Antrag Internationaler Führerschein
- Antrag zur Fahrerkarte: Erst-, Erneuerungs- und Ersatzbestellung

Der Formulardienst – einfaches Publizieren und Verwalten von Formularen im Bürgerservice-Portal

Mit dem Formulardienst können Bürger beliebige Formulare in ihrem Bürgerservice-Portal mit Vorteilen wie der sicheren Authentifizierung mit dem nPA verbinden. Der Formulardienst ist dabei so flexibel, dass es keine Rolle spielt, ob einfache oder „intelligente“ PDF-Formulare genutzt werden.

Der Sachbearbeiter nutzt zur Formular-Verwaltung die übersichtliche Administrationsoberfläche des Formulardienstes. So kann er Kategorien für verschiedene Formulargruppen bzw. Themenbereiche anlegen, Formulare publizieren und löschen sowie verschiedene Authentifizierungsebene für den Nutzer definieren, zum Beispiel den Zugang mit dem nPA. Der zuständige Sachbearbeiter bekommt die eingereichten Formulare bequem und medienbruchfrei in seinen Antragseingangskorb zur weiteren Bearbeitung. Parallel erhält der Bürger in seinem Postkorb im Bürgerservice-Portal aktuelle Informationen zum Bearbeitungsstand.

- Fahrschuldialog für die Antrags-erfassung: Ersterteilung, Erweiterung, Neuerteilung und Umschreibung ausländische Fahrerlaubnis

Finanzwesen

- Online-Erfassung der Wasserzählerstände
- Antrag eines Bescheidnachdrucks

Personenstandswesen

- Antrag einer Geburts-, Heirats-, Lebenspartner- und Sterbeurkunde

Gewerbewesen

- Gewerbeanmeldung, -ummeldung und -abmeldung

Bauwesen

- Auskunft über den Status einer Baugenehmigung

Personalwesen

- Online-Bewerbung
- Gehaltsabrechnung
- Stellenbörse



Die Bürger haben gut lachen: Immer mehr Verwaltungsvorgänge sind bequem von zu Hause aus möglich.

Erleichterungen bei der Kfz-Zulassung auch in Niederbayern

„Der Bürger wird bei diesem Projekt gewinnen!“



Vereinbarung zur Erweiterten Zuständigkeit im Kfz-Bereich. Stehend v. l.: Maria Stelzl, Bürgermeisterin Straubing, Michael Fahmüller, Landrat Rottal-Inn, Michael Adam, Landrat Regen und Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau; vorne v. l.: Alfred Reisinger, Landrat Straubing-Bogen, der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth, Christian Bernreiter, Landrat Deggendorf, und Heinrich Trapp, Landrat Dingolfing-Landau

Die erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Zulassungsbereich wird zu einem immer größeren Erfolgsprojekt: Wie schon in 26 anderen bayerischen Zulassungsstellen kann man nun auch in weiten Teilen Niederbayerns frei wählen, bei welcher Zulassungsbehörde man sein Fahrzeug zulässt, abmeldet oder umschreiben lässt.

Seit November profitieren die Bürger der Landkreise Deggendorf, Regen, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn sowie der kreisfreien

Städte Passau und Straubing von diesem Service. Die AKDB bietet mit ihrer Software die dafür nötigen technischen Voraussetzungen.

Unter dem Motto „Es laufen die Daten, nicht die Bürger“ kamen im Landratsamt Deggendorf die Landräte und Bürgermeister der beteiligten Kreise bzw. Städte sowie der AKDB-Vorstand für eine entsprechende Vereinbarung zusammen. Heinrich Trapp, Landrat Dingolfing-Landau, ist vom Servicegedanken des Projekts überzeugt: „Der Bürger wird

bei der ganzen Sache gewinnen.“ Viele Politiker wie Straubings Landrat Alfred Reisinger wünschen sich derartige Initiativen auch über die Grenzen der einzelnen Regierungsbezirke hinaus.

Zuvor hatten die Zulassungsleiter der Landkreise und Städte für die notwendige Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsvorgänge in den Zulassungsstellen gesorgt. In Kürze ist mit der Teilnahme weiterer Landkreise an der Erweiterten Zuständigkeit zu rechnen.

Personalwirtschaft setzt auf eLearning

Gute Ergänzung des Seminarangebots

Einige Aufgaben in der Lohn- und Gehaltsabrechnung gehören gerade in kleineren Verwaltungen nicht zum Alltagsgeschäft. Nur ab und zu kommt es vor, dass ein Beschäftigter länger als sechs Wochen krank ist, die Lohnfortzahlung endet und ein Zuschuss zum Krankengeld zu zahlen ist. Der TVöD sieht hier eine komplexe Berechnung vor, die durch einen Auswertungsabruf aus dem AKDB-Verfahren OK.PWS abgedeckt ist. Allerdings müssen bei der Auszahlung des Krankengeldzuschusses einige Dinge beachtet werden, die oftmals Fragen beim Sachbearbeiter aufwerfen.

Außerdem überschreiten zum Jahreswechsel manche Beschäftigte die Jahresentgeltgrenze, scheiden so aus der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse aus und können sich fortan freiwillig oder privat versichern. Auch hier stellt sich die Frage, welche Vorgaben beim Personalfall erforderlich sind.

Damit die Kunden derartige Situationen künftig selbstständig und komfortabel meistern, hat die AKDB für einige dieser Themen kleine eLearning-Sequenzen erstellt, die alle erforderlichen Eingaben erklären und zusätzlich direkt im Verfahren OK.PWS zeigen. Die Schulungen ergänzen diese kurzen eLearning-Demos. Am Ende eines jeden Programms gibt es deshalb Hinweise auf das entsprechende Seminar. Zu finden sind die Demos im Kundenportal Personalwirtschaft in einer eigens eingerichteten Rubrik. Die einzelnen

Sequenzen wurden mit Unterstützung der internen Redaktion direkt vom Kundenservice erstellt, sind also „home-made“ und direkt auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten. Diese freuen sich, wenn sie beim Abspielen des Programms nicht nur die Vorgaben am Bildschirm sehen, sondern dazu eine vertraute AKDB-Stimme hören. Jede Sequenz weist zu Beginn auf ihre Dauer hin – normalerweise einige Minuten. Der Anwender kann sich vielleicht noch eine Tasse Kaffee dazu holen, um sich die Sache dann in Ruhe anzuschauen.

Die Rückmeldungen sind positiv, etwa von Ilonka Elbert-Anheier vom Markt Elsenfeld: „Ich bin absolut begeistert. Ich habe mir im eLearning-Programm die Sache mit dem Mutterschutzgeld angesehen. Das war richtig gut! Jetzt schau ich mir auch noch den Krankengeldzuschuss an.“

Die AKDB freut sich über die gute Resonanz und sieht dies als großen Ansporn, weitere Themen aufzubereiten und in dieser Form ihren Kunden zur Verfügung zu stellen.



Positive Kundenresonanz: Die kurzen eLearning-Demos ergänzen das AKDB-Seminarangebot. Die Mitarbeiter können sich in aller Ruhe bei einer Tasse Kaffee weiterbilden.

Reisekosten-Management in der Stadtverwaltung Hof: Interview mit den Verantwortlichen

„Der Bearbeitungsstatus ist für alle sofort sichtbar“

Die Stadt Hof setzt jetzt das Reisekostenmanagement der AKDB ein. Wie wurden die Reisen früher genehmigt, beantragt und abgerechnet?

Vor dem Umstieg wurden die Reisen mit einem Word-Formular beantragt, das anschließend per Hauspost zur Genehmigung an den Fachbereichsleiter und danach zur Überprüfung an die Personalabteilung ging. Hier fand auch die Reisekostensachbearbeitung statt: Zur Überwachung des Mittelverbrauchs und Dokumentation der Reisen wurden die wesentlichen Informationen des Antrags in einer Excel-Liste erfasst. Die Genehmigung ging bei Fortbildungen auf dem Postweg zurück, für die Abrechnung war dann ein weiteres Formblatt nötig, das mit Genehmigung über den Vorgesetzten zur Festsetzung gesendet werden musste – alles in Papierform! Die Abrechnung selbst erfolgte über eine eigenentwickelte Softwarelösung auf Basis einer Informix-Datenbank. Änderungen im bayerischen Reisekostenrecht mussten also von unserer IT-Abteilung programmiert werden, die fachlichen Vorgaben erstellte die Reisekostensachbearbeitung. Die Auszahlung der Reisekosten erfolgte mit Hilfe einer programmierten Schnittstelle über das Finanzverfahren. Leider hatten wir hier keine Anbindung an Excel oder Word, so dass viele Angaben mehrfach eingegeben werden mussten bzw. wir eigene SQL-Skripte für Auswertungen geschrieben haben.

Im Frühjahr wurde das AKDB-Verfahren installiert und der Genehmigungsworkflow eingerichtet. Wie hat sich dadurch der Arbeitsablauf verändert?

Die Reisenden geben die Reisedaten direkt ins Verfahren ein, ohne Papierantrag. Unser Genehmigungsprozess für Dienstreisen ist zweistufig: Der Fachbereichsleiter genehmigt den Antrag sachlich und leitet ihn an die Reisekostensachbearbeitung. Hier prüfen die Reisekostenexperten die Voraussetzungen für eine Dienstreise und die Wahl des Verkehrsmittels. Erst danach wird genehmigt oder abgelehnt. Die Beteiligten im Genehmigungsprozess – Reisender, Fachbereichsleiter, Ausbildungsleitung und Reisekostensachbearbeitung – werden ständig per E-Mail informiert, auch über Genehmigung oder Ablehnung. Fortbildungsreisen genehmigt generell die Ausbildungsleitung, auch dieser Prozess ist über einen Workflow abgebildet.

Nach der Reise vervollständigen die Reisenden nur noch die Abrechnungsdaten und leiten die Reise zur Festsetzung weiter. Wir prüfen die Angaben und ordnen dann die Auszahlung an, seit der Umstellung über die Personalabrechnung. Die Auszahlungsbeträge und die zu steuernden Anteile werden mittels einer Schnittstelle an die Gehaltsabrechnung übergeben.



Birgit Thoss (l.) und Sandra Hirschmann arbeiten mit dem Reisekosten-Management der AKDB. Herbert Pachsteffl, Ausbildungsleiter Stadt Hof

Gab es Akzeptanzprobleme beim Workflow? Haben Sie Schulungen durchgeführt?

Nein, die Vorteile der neuen Arbeitsweise hat unsere Beschäftigten schnell überzeugt. Reisen werden rascher abgerechnet, Anträge bleiben nicht mehr liegen. Vor allem Vielreisende nutzen neue Funktionen des Verfahrens, zum Beispiel das Kopieren von Reisen. Hinzu kommt die Transparenz: Der Mitarbeiter sieht immer den Bearbeitungsstatus seiner Reise, was Nachfragen überflüssig macht.

Wir haben Folien und Tipps zu Reiseanträgen und -abrechnungen mit dem neuen Verfahren ins Intranet gestellt. Für Fragen stehen wir unseren Kollegen natürlich jederzeit zur Verfügung. Beschäftigte, die sehr viel mit dem Verfahren arbeiten bzw. Reisen für andere erfassen, haben Kurzschulungen gemacht. In den ersten sechs Monaten haben wir etwa 600 Reisen abgerechnet.

Verwaltung vom Stadtkrankenhaus Schwabach setzt OK.PWS ein

„Der Umstieg hat sich ge



Das Schwabacher Stadtkrankenhaus versorgt jährlich über 7.000 Patienten stationär und etwa 12.000 ambulant.

Das Stadtkrankenhaus Schwabach sichert mit rund 170 Betten die wohnortnahe Versorgung für die Stadt Schwabach und das Umland. Jährlich werden über 7.000 Patienten stationär und etwa 12.000 ambulant versorgt. Dabei gibt es nicht nur Fachabteilungen wie Innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, Anästhesiologie und Intensivmedizin. Zusätzlich können die Patienten neben herkömmlichen Pflegeleistungen auch Spezialsprechstunden zu Themen wie zum Beispiel Ernährung, Diabetes und Wundversorgung in Anspruch nehmen.

Besonders stolz ist man beim Stadtkrankenhaus auf die Zertifizierung als Adipositas-Referenzzentrum im Herbst 2012 – als erste und bisher einzige Klinik in Bayern.

Auch Aus- und Weiterbildung werden großgeschrieben. Als Lehrkrankenhaus der Universität Erlangen-Nürnberg und Träger der Berufsfachschule für Gesundheits- und Krankenpflege trägt das Stadtkrankenhaus Schwabach dazu bei, das Fachwissen zum Wohle der Patienten an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben und so Qualitätsstandards nachhaltig sicherzustellen. Die Philosophie lau-

tet: Hochmoderne Medizin und individuelle Pflege, die sich an den Bedürfnissen jedes Einzelnen orientiert.

Rückkehr zur AKDB

Modern zeigt sich das Stadtkrankenhaus Schwabach auch in der Personalabteilung: Nach einer etwa fünfjährigen „Pause“ ist man zur AKDB zurückgekehrt und setzt für die Abrechnung und Verwaltung der ca. 400 Personalfälle OK.PWS ein. Auf der diesjährigen Kundenfachtagung für OK.PWS-Kunden in Röthenbach an der Pegnitz sprachen wir mit den Sachbearbeiterinnen aus der Personal-

lohnt“

abteilung des Schwabacher Krankenhauses – Petra Weitzel, Marianne Hemmeter und Gabriele Weber – und blickten dabei in zufriedene Gesichter.

„Es ist das erste Mal seit 2007, dass wir wieder an einer Kundenfachtagung der AKDB teilnehmen“, so Petra Weitzel. „Wir kennen diese Veranstaltungen noch von früher.“ Ein angenehmer Service für die Kunden, finden die Damen übereinstimmend, und eine gute Gelegenheit, sich auch mit Kollegen aus anderen Personalabteilungen auszutauschen. Wir fragen nach dem Einführungsprozess von OK.PWS. Auch hier ist man sich einig: „Natürlich bedeutet ein solcher Umstieg in ein neues Fachverfahren einen großen Aufwand. Aber dieser hat sich definitiv gelohnt. Es konnten Stammdaten aus dem früheren System zum Teil gut übernommen werden, andere Daten aber wurden neu eingegeben und aufgebaut.“

Mit der Betreuung durch die AKDB war man insgesamt sehr zufrieden. Schulungen fanden vor Ort statt. Auch die Übernahme der Daten aus dem Personaleinsatzplan-System des Krankenhauses klappte reibungslos. Nach der Einführungsphase im Herbst 2011 konnte man im Januar 2012 in die Echtabrechnung übergehen. Petra Weitzel: „Auch bei einigen Kleinigkeiten in den Abrechnungen wurden wir durch die AKDB unterstützt.“ Den Kundenservice

habe man eher selten in Anspruch nehmen müssen: „Wenn wir ihn doch einmal brauchen, dann wird uns schnell geholfen.“

„Die Sofortabrechnungen sind klasse“

Positiv überrascht hat die Weiterentwicklung des langjährigen Kunden bekannten Systems PIMAS zu OK.PWS: „Es hat sich viel getan seitdem. Nicht nur die Sofortabrechnungen, auch die neuen Standardberichte sind klasse. Wir können problemlos Personallisten erstellen, zum Beispiel Übersichten über Auszubildende, über Mütter unter den

Mitarbeitern usw.“ Gut gefällt den Sachbearbeiterinnen auch die Aufbereitung der Ergebnisdaten zu den Personalfällen – mit wenigen Klicks sind sie übersichtlich verfügbar. In nächster Zeit wird man sich intensiver mit der Fachanwendung Kosten auseinandersetzen. Personalmanagement sei schließlich mehr als reine Lohn- und Gehaltsabrechnung. „Die Anforderung nach der Hochrechnung von Löhnen und Gehältern bei der Einstellung neuer Mitarbeiter kommt oft vor. Unser Kollege hat sich schon für ein kommendes Seminar angemeldet, wie er die Fachanwendung für seine kaufmännischen Aufgaben optimal nutzen kann.“

Gerade ein Krankenhaus braucht eine funktionierende Personalverwaltung.



Die „Elektronische Personalakte“ im Einsatz in Kitzingen und Straubing-Bogen

Personalmanagement in neuer



*Digitale Personalakten erleichtern die Verwaltungsarbeit.
Die Effizienzsteigerungen sind meist noch höher als
zunächst erwartet.*

Ob bei der Einstellung eines neuen Mitarbeiters, bei der monatlichen Gehaltsabrechnung oder bei der Ausstellung eines Arbeitszeugnisses: Zentrale Informationsquelle ist dabei die Personalakte. Hier kann man mit der Digitalisierung Kosten senken und Arbeitsprozesse optimieren. Die AKDB unterstützt die Kunden mit ihrem Personalmanagement-System OK.PWS, mit dem sich Dokumente erstellen und aufrufen lassen. Das Dokumentenmanagement-System komXwork der LivingData sorgt für eine klar strukturierte Elektronische Personalakte: Arbeitsverträge, Bescheinigungen, Bewerbungsunterlagen und vieles mehr. Wir sprachen mit Margot Rose von der Personalverwaltung der Stadt Kitzingen und mit Karin Wutzlhofer, Leiterin der

Personalabteilung im Landratsamt Straubing-Bogen, über ihre Erfahrungen mit dem Einsatz der Elektronischen Akte.

Frau Rose, Frau Wutzlhofer, warum haben Sie die „Elektronische Personalakte“ eingeführt und wie weit sind Sie schon damit?

Rose: In der gesamten Verwaltung Kitzingens soll die elektronische Aktenablage eingeführt werden. Die Personalverwaltung fungiert deshalb als Vorreiter für die gesamte Verwaltung und wurde an die „Elektronische Personalakte“ angebunden.

Wutzlhofer: Wir wollten im LRA Straubing-Bogen schneller auf Personaldaten direkt am Bildschirm zugreifen, ohne dass sich jede Sachbearbeiterin die Personalakte holen muss. Ein weiterer Vorteil ist die automatische Aktenpflege durch die Schnittstelle zu den Personalabrechnungssystemen und zu OK.PWS. Der direkte Zugriff auf den Personalstammdatensatz erlaubt auf Knopfdruck die Einsicht aller relevanten Mitarbeiter-Informationen und die Zuordnung zu einer bestimmten Personalakte. Das erspart zum Beispiel auch die zeitraubende Ablage von Gehaltsmitteilungen. Außerdem ent-

Dimension



lastet es die Papierregistratur entscheidend, die bald aus allen Nähten platzt. Wir haben daher die Einführung gleich an ein Archiv-System angebunden. Inzwischen sind 80 Prozent der Besoldungsakten gescannt. Alle neuen Personalfälle werden von Anfang an digital erfasst und geführt. Mit den Altfällen ausgeschiedener Beschäftigter geschieht sukzessive das Gleiche. Alle neuen Dokumente aktueller Personalfälle werden digital abgelegt, bald ist also jede Personalakte digitalisiert.

Wie sind Ihre ersten Erfahrungen mit der „Elektronischen Personalakte“? Wo sehen Sie Einsparpotenziale?

Rose: Bis jetzt sehr gut. Alles ist schnell griffbereit. Die Strukturie-

rung wird dem Anwender selbst überlassen, wobei sie zumindest in den Abteilungen einheitlich sein sollte. Dadurch ist alles sehr gut abrufbar. Einsparmöglichkeiten sehen wir besonders beim zeitraubenden Suchen in den Papierakten.

Wutzlhofer: Die Effizienz insbesondere im Gehaltsabrechnungsbereich hat uns positiv überrascht. Jeder Sachbearbeiter kann auf jeden Personal- und Besoldungsakt zugreifen; das ist im Vertretungsfall sehr vorteilhaft. Die Aufteilung in Kategorien erleichtert den Suchvorgang erheblich. Eindeutige Identifikation und Autorisierung der Benutzer gewährleisten den Zugriffsschutz. Flexible Berechtigungsprofile ermöglichen die unkomplizierte Handhabung. Da wir für einige Gemeindeverwaltungen die Personalabrechnung übernehmen, ist der standortübergreifende Datenzugriff besonders hilfreich.

Im Personalverwaltungsbereich sind die Einsparpotenziale gegenüber der herkömmlichen Aktenführung eher gering. Die größte Zeitersparnis liegt aber im Abrechnungsbereich. DUEVO-Meldungen fließen nach dem AKDB-Import direkt in die elektronische Personalakte ein und werden dem einzelnen Personalfall zugeordnet. Dadurch entfällt die Ablage von ungefähr 3.000 Blatt Jahresmeldungen. E-Mails werden in die elektronische Akte verschoben und

müssen nicht ausgedruckt werden. Das ist sehr gut bei der Personalabrechnung für die Gemeinden.

Wie sind Ihre Erfahrungen mit der Erstverscannung von Akten?

Wutzlhofer: Dies war ganz problemlos möglich. Neuzugänge werden nach dem AKDB-Import namentlich angelegt. Wichtig ist aber, dass wirklich jeder Personalsachbearbeiter seinen eigenen Scanner direkt am Arbeitsplatz nutzt.

Rose: Es ist ein enormer Zeitaufwand, die Papierakten einzuscannen, dies wird nach und nach erledigt. Seit Einführung der eAkte wird immer gleich eingescannt. Die Personalakten sind in der eAkte also noch nicht vollständig.

Empfehlen Sie die Einführung der „Elektronischen Personalakte“ weiter?

Rose: Wenn sie konsequent angewandt wird, auf jeden Fall!

Wutzlhofer: Ja. Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass die Umstellung zunächst mit Arbeitsaufwand verbunden ist. Aber dann kommt der Rationalisierungseffekt zum Tragen. Letztlich überwiegen die zahlreichen Vorteile: Unsere Verwaltung möchte die elektronische Archivierung nicht mehr missen.



Soziales

Wenn Eltern nicht mehr weiter wissen ...

Sozialpädagogische Diagnostik in OK.JUG

Der Anruf im Jugendamt fällt Frau B. nicht leicht, doch sie weiß nicht mehr weiter. Ihr Sohn Mario ist 14 Jahre alt und besucht die achte Klasse des Gymnasiums. Seit Beginn dieses Schuljahres erhält Frau B. laufend Beschwerden von der Schule. Mario fällt durch sein aggressives und störendes Verhalten auf. Er wurde beim Rauchen in der Schultoilette erwischt. Seine schulischen Leistungen lassen sehr nach. Ihre Versuche, mit ihm darü-

ber zu reden, scheitern völlig. Auf ihre Nachfragen reagiert er aggressiv, ablehnend und verschlossen.

Mit solchen und ähnlichen Problemen sieht sich der Soziale Dienst eines Jugendamts täglich konfrontiert. Die Mitarbeiter müssen die Situation erfassen, verstehen, bewerten und angemessen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Das Jugendamt versucht, die geeignete Hilfsmaßnahme zu finden, zu vermitteln und

Hilfe in die Wege zu leiten. Und falls erforderlich das Kindeswohl sicherzustellen.

Bedarfsorientierte Diagnose

Im ersten Schritt wird die Ausgangslage geklärt. Die Entscheidung für eine Hilfe muss auf einer transparenten und plausiblen Diagnose ohne individuelle Präferenzen beruhen. Ziel ist es, die Lebenssituation eines Klienten mit allen individuellen, fami-

Die Mitarbeiter der Jugendämter haben eine verantwortungsvolle Aufgabe: Die Sicherstellung des Kindeswohls.

liären und sozialen Umständen und Einflüssen zu erfassen. Dies bedarf einer systematischen Diagnose.

Um die Mitarbeiter der Sozialen Dienste in den Jugendämtern bei ihren vielfältigen Aufgaben wirksam zu unterstützen, hat die AKDB in OK.JUG das Modul Allgemeiner Sozialdienst implementiert und in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Das Kernstück dieses Bereichs und Voraussetzung für nachvollziehbares Handeln ist die programmtechnische Umsetzung der sozialpädagogischen Diagnostik. In Abstimmung mit dem Bayerischen Landesjugendamt (BLJA) ist das Modul so offen konzipiert, dass sowohl das standardisierte Verfahren des BLJA mit den evaluierten sozialpädagogischen Diagnostik-Tabellen als auch amtseigene diagnostische Standards abbildbar sind.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit

Die Diagnostik-Tabellen des BLJA unterteilen sich in vier große Kategorien: Grundversorgung, Familien-, Entwicklungs- und Erziehungssituation des jungen Menschen. Diese enthalten jeweils Unterkategorien, aus denen sich Risiken und Ressourcen auswählen lassen. Die automatische farbliche Kennzeichnung von bearbeiteten Kategorien macht den Bearbeitungsstand sofort ersichtlich. Ausgewählte Risiken und Ressourcen lassen sich zusätzlich durch Freitexteingaben individualisieren. Definierte Ziele können ebenfalls standardisiert oder als Freitext erfasst bzw. hinterlegt werden. Gesuchte Inhalte lassen sich im umfangreichen Kriterienkatalog mit Hilfe einer Schlagwortsuche schnell auffinden.

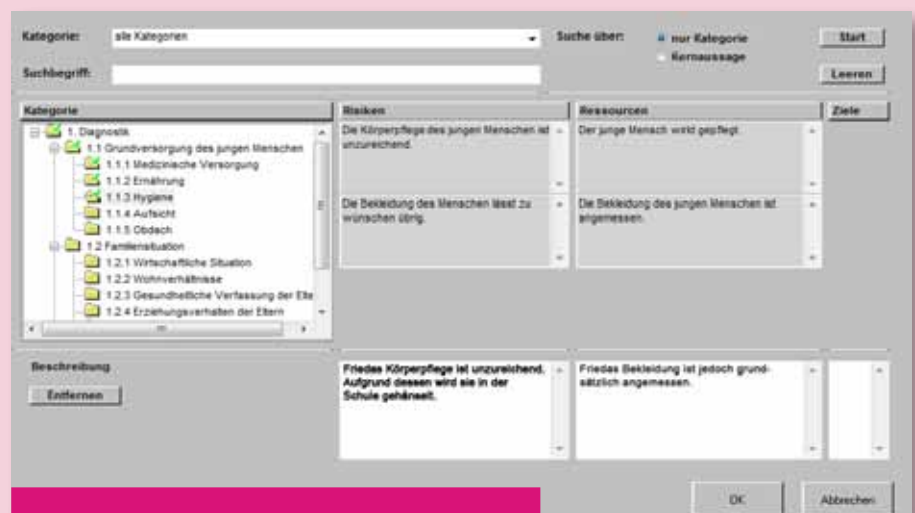
Ist die Erfassung einer Diagnose abgeschlossen, wird sie durch die Archivierung unveränderlich. Die Erfassung

einer weiteren Diagnose setzt auf der vorhandenen auf und führt sie fort. Damit sind Erstdiagnose und nachfolgende Diagnosen jederzeit einsehbar. Treffen diagnostische Erkenntnisse für weitere Familienmitglieder zu, so können sie bei einem Klienten erfasst und auf alle übertragen werden.

Inhalte einer in OK.JUG erfassten sozialpädagogischen Diagnostik lassen sich an verschiedene Textvorlagen übergeben: für Erziehungskonferenzen, Fachteams, Hilfeplanungen und Fortschreibungen.

Einsatz in den Jugendämtern

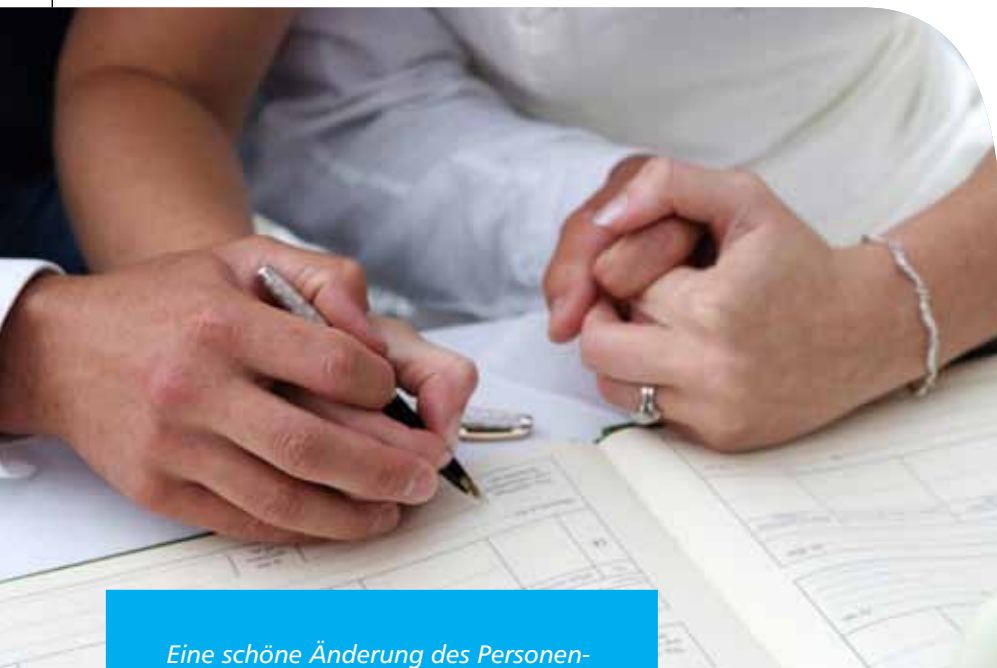
Seit dem letzten Jahr nimmt das Interesse am OK.JUG-Modul Allgemeiner Sozialdienst stark zu. Der Trend geht dahin, das Modul mit allen Diagnostik-Funktionalitäten einzusetzen. Mittlerweile arbeiten deutschlandweit 73 Jugendämter mit dem ASD-Modul in OK.JUG.



Eine übersichtliche Software unterstützt die sozialpädagogische Diagnose.

Einführung des elektronischen Personenstandsregisters in Bayern

Weiter alles nach Fahrplan



Eine schöne Änderung des Personenstands: Heiraten im Standesamt

Die notwendigen Maßnahmen zur termingerechten Einführung des elektronischen Personenstandsregisters verlaufen in enger Abstimmung mit allen Beteiligten planmäßig. Das im Rahmen der Projektorganisation eingerichtete beratende Fachgremium ist direkt eingebunden. Diesem gehören neben sechs unterschiedlich großen Standesämtern das Bayerische Staatsministerium des Innern, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag sowie die Projektleitung der AKDB an.

Ende Oktober begann mit drei Standesämtern ein Testbetrieb mit Testdaten. Daran schloss sich ab Mitte November ein Pilotbetrieb an, bei dem die sechs beteiligten Standesämter

mit Echtdaten bereits elektronisch beurkundet haben. Der Pilotbetrieb wurde wie geplant zum Jahresende erfolgreich abgeschlossen.

Ab Anfang Januar 2013 laufen die Schulungen der Standesbeamten sowie die Anbindung der Standesämter an das elektronische Personenstandsregister. So sollen bereits zum 30. Juni 2013 alle Standesämter produktiv an das elektronische Personenstandsregister angebunden sein.

Die AKDB steht vor der Herausforderung, in einem relativ kurzen Zeitraum eine große Anzahl an Standesbeamten und Mitarbeitern zu schulen und im Anschluss daran möglichst zeitnah das Standesamt an das neue Register anzubinden. Denn in Bay-

ern gibt es derzeit noch etwa 1.300 Standesämter, in denen über 4.000 Standesbeamte und Mitarbeiter tätig sind. Dazu kommen noch die über 150 Mitarbeiter in den Aufsichtsbehörden.

Die Überstellung jeder einzelnen Beurkundung aus dem Fachverfahren AutiSta in das elektronische Personenstandsregister muss mit der qualifizierten elektronischen Signatur des Standesbeamten versehen werden. Jeder Standesbeamte benötigt folglich eine Signaturkarte. An jedem Arbeitsplatz eines Standesbeamten muss ein Kartenlesegerät vorhanden sein.

Da die AKDB die Standesämter bei der Beschaffung der Signaturkomponenten unterstützen will, hat das Systemhaus LivingData den gesamten Markt analysiert. Daraus hat sich das wirtschaftlichste Angebot ergeben: LivingData hat eine Rahmenvereinbarung mit dem Deutschen Sparkassenverlag abgeschlossen, der unter dem Namen „S-Trust“ Signaturkarten und Kartenlesegeräte anbietet. Das Angebot ist bei den Standesämtern gut angekommen, eine Beweis für die gute und konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten. Das anspruchsvolle Projekt kann und wird also erfolgreich und zeitgerecht abgeschlossen werden.

Für weitere Informationen zum Thema elektronisches Personenstandsregister steht die Vertriebsabteilung der AKDB gerne zur Verfügung:

vertrieb@akdb.de

Zwischen Melde- und Ausländerbehörden

Datenaustausch schnell, sicher und elektronisch

Die Ausländerbehörden standen am 1. November 2012 vor großen Herausforderungen. An diesem Stichtag erfolgte die Einführung des neuen Zeichensatzes String.Latin. Die Umstellung auf den neuen Zeichensatz hat die AKDB frühzeitig vorbereitet, um ihre Kunden am Stichtag weitmöglichst zu entlasten. Denn darüber hinaus kam ab dem 1. November 2012 eine neue Version des standardisierten Datenaustauschformats XAusländer zum Einsatz, die den papierlosen und medienbruchfreien Datenaustausch zwischen Melde- und Ausländerbehörden ermöglicht.

Der neue elektronische Datenaustausch zwischen den Behörden erfolgt in beide Richtungen: Die Meldebehörden informieren die zuständigen Ausländerbehörden über Zu- und Wegzüge sowie über personenstandsrechtliche Änderungen bei ausländischen Mitbürgern. Die Ausländerbehörden wiederum informieren die Meldebehörden, wenn sie Grund zu der Annahme haben, dass das Melderegister nicht aktuell ist. Für den Transport dieser Nachrichten kommt die bewährte OK.KOMM-Infrastruktur zum Einsatz.

Bereits seit Jahren konnten die Ausländerbehörden über eine Dateischnittstelle auf die Meldungen der OK.EWO-Kunden aus ihrem Zuständigkeitsbereich zurückgreifen, eine Lösung, die sich großer Beliebtheit erfreute. Mit der gesetzlichen Normierung des Datenaustauschformats

steht jetzt eine Schnittstelle zu jeder Meldeamtssoftware zur Verfügung. Als „Logistikzentrum“ für alle ein- und ausgehenden Nachrichten gewinnt der Nachrichtenkorbin der Fach-Software OK.VISA immer mehr an Bedeutung. Die AKDB hat den Postkorb deshalb um zahlreiche Filter- und Suchfunktionen erweitert. Die medienbruchfreie Weiterverarbeitung der eingegangenen Daten erfolgt auf Basis der bereits vorhandenen Dialoge zur OK.EWO-Dateischnittstelle. Damit mussten die

Anwender ihre Arbeitsweise kaum ändern.

Schon nach kurzer Zeit ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Ausländerbehörden und den Meldebehörden auf der Grundlage des XAusländer-Standards zur Routine geworden. Aufgabe für 2013 ist es, den elektronischen Datenaustausch zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu bewerkstelligen. Die AKDB wird ihre Kunden dabei wie gewohnt unterstützen.

Die AKDB unterstützt Ausländerbehörden bei den Herausforderungen, die sich aus der Einführung des neuen Zeichensatzes String.Latin ergeben haben.



Neue Kooperationen im Bereich TERAwin-BEI

Zwei starke Partner im



*Ulrike Peter vom Ingenieurbüro kdbpeter und
Richard Meyer, AKDB Grundstückswesen/Bau/GIS/IM*

Die AKDB startet eine Kooperation mit dem Kommunalen Dienstleistungsbüro kdbpeter. kdbpeter ergänzt mit langjähriger Praxiserfahrung das Software-Angebot der AKDB mit Dienstleistungen für Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge.

Alleine in Bayern nutzen über 320 Kommunen TERAwin-BEI, um ihre Beiträge für Erschließungsanlagen und Straßenausbaumaßnahmen sowie für die Herstellung und Verbesserung von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen abzu-

rechnen. Im Alltagsgeschäft steht für die Erfassung der erforderlichen Berechnungsgrundlagen häufig wenig Zeit zur Verfügung. Außerdem ist es schwierig, den Überblick über die Rechtsprechung im Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht zu behalten. kdbpeter berät in satzungsrechtlichen Fragen und erfasst Berechnungsgrundlagen – inklusive Vollgeschossnachweisen, Flächennachweisen, Aufmaßblättern, Selbstauskunftsbogen.

Das Ingenieurbüro berechnet Erschließungs- und Ausbaubeiträ-

ge bis hin zur Bescheiderstellung, präsentiert die Abrechnungen in Gemeinderatssitzungen und bietet Bürgerberatung an. Dabei nutzt kdbpeter TERAwin-BEI und erstellt mit dem integrierten GIS in TERAwin-EXP die Lagepläne als Grundlage für die Beitragsakte. kdbpeter kann die Beitragsdaten direkt erfassen, wenn TERAwin-BEI im Outsourcing genutzt wird.

Weitere neue Kooperation

Das Ingenieurbüro für Dienstleistungen im Kommunalbereich Dipl.-Ing.

Beitragswesen

(FH) Josef Steiner und Franz Rohrmaier (GbR) bietet Kommunen Dienstleistungen für Herstellungs- und Verbesserungsbeiträge bei Entwässerungs- und Wasserversorgungsanlagen. Bei der Abrechnung dieser Beiträge ist die Ermittlung der tatsächlichen oder zulässigen Geschossfläche sehr arbeitsaufwendig. Herstellungs- und Ergänzungsbeiträge betreffen in der Regel das gesamte Gemeindegebiet und binden erhebliche Personalkapazitäten.

Für diese anspruchsvolle Aufgabe bieten sich externe Dienstleister an, die die Verwaltung entlasten und den Verfahrensablauf beschleunigen. Das trifft gleichermaßen auf die Ermittlung der gebührenwirksamen Flächen für die gesplittete Abwassergebühr zu. Das Ingenieurbüro Steiner und Rohrmaier empfiehlt sich für die Ermittlung der Geschossflächen und Grundstücksflächen direkt vor Ort. Es erstellt Aufmaßblätter mit Grundrissen sowie Summenlisten. Auch Anhörungstermine mit den betroffenen Grundstückseigentümern und Nachmesstermine gehören zum Leistungsspektrum.

Individuelle Lösungen für Kunden

Beide Ingenieurbüros arbeiten mit der marktführenden Beitragssoftware TERAwin-BEI. Die AKDB und ihre Partner schnüren ein maßgeschneidertes Rundum-Sorglos-Paket für die Abrechnung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen bzw. von Herstellungs- und Verbesserungsbeiträgen für Entwässerungs- und Wasserversorgungsanlagen. Das hilft Kommunen bei der Abrechnung, zum Beispiel dabei, Beitragssatzungen in TERAwin-BEI abzubilden, die Bescheide mit Microsoft Word zu erstellen, auszudrucken und an die elektronische Akte in komXwork zu übergeben. Außerdem sorgt die AKDB dafür, dass die Beiträge kassenwirksam werden. Für den Bescheidedruck bietet sich der Druck-, Kuvertier- und Versandservice der AKDB an – mit leistungsfähiger Technik, geschultem Personal und viel Erfahrung mit Massendruckern.

Richard Meyer, Josef Steiner und Franz Rohrmaier (r.), www.steiner-rohrmaier-kommunalservice.de



SEPA-Einführung vor Ort – Praxisbericht aus Landau/Pfalz

Viele Kommunen unterschätzen den Aufwand

„Die Einführung von SEPA ist für die Verwaltungen in Deutschland nach der Euro-Umstellung ein weiteres großes Projekt im Bereich des Zahlungsverkehrs“, stellt der Landauer Kassenleiter Thomas Zechbauer ein scharfsichtig fest.

Es sei zu begrüßen, dass Europa nicht nur geografisch, sondern auch bezüglich des Zahlungsverkehrs die Grenzschränken abreiße. Es gehe aber um mehr als um den Austausch von Begriffen wie IBAN und BIC gegen Kontonummer und Bankleitzahl, so Zechbauer. Vielmehr sei die Umsetzung der Vorschriften ein Projekt, das die gesamte Verwaltung und deren Arbeitsabläufe betreffe. „Viele Kollegen unterschätzen den Aufwand, der mit der SEPA-Einführung zusammenhängt“, ist sich Zechbauer sicher. „Ich empfehle den Verantwortlichen, die Vorschriften des SEPA-Regelwerks

ernst zu nehmen und bis Anfang 2013 einen detaillierten Projektplan aufzustellen.“ Noch besser, man hat bereits angefangen.

Und wie sieht das bei der Stadt Landau aus? Zu dem SEPA-Projekt der Pfälzer einige Eckdaten: Bei 44.000 Einwohnern werden in Landau pro Quartal etwa 30.000 Lastschriften für Realsteuern mit einem Volumen von sieben Millionen Euro fällig. Damit erreicht die Stadt eine überdurchschnittliche Lastschriftquote von 84 Prozent. Die Einzugsermächtigungen, Grundlagen für Lastschriften, müssen mit SEPA-Einführung in sogenannte Mandate umgewandelt werden. Bedingung ist, dass unterschriebene Einzugsermächtigungen in Papierform vorliegen. Da Einzugsermächtigungen in der Vergangenheit oft telefonisch oder per Mail erteilt wurden, muss jetzt Fall für Fall

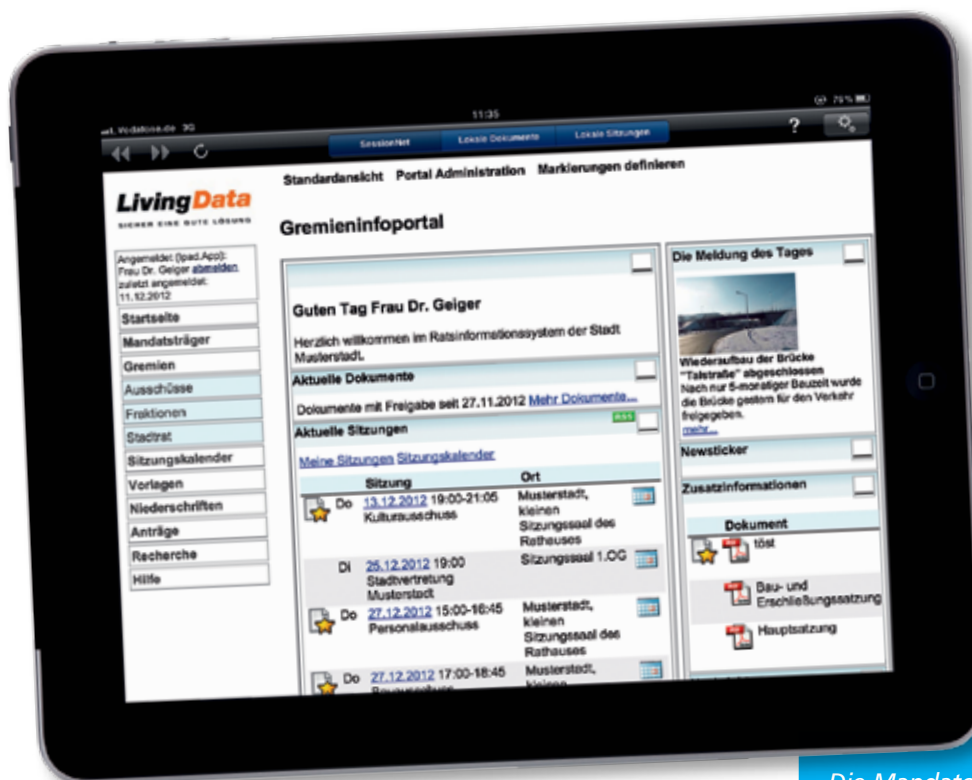
geprüft werden, ob zu jeder Einzugsermächtigung im Finanzverfahren auch eine mit Unterschrift vorliegt.

„Bisher sind 83 Prozent der Einzugsermächtigungen für eine Umdeutung zum SEPA-Mandat geeignet, in Zahlen: 16.000“, berichtet Thomas Zechbauer zufrieden. Die restlichen 17 Prozent, also ca. 3.200 Einzugsermächtigungen, müssten noch einmal schriftlich eingeholt werden, wenn sie als SEPA-Mandat Verwendung finden sollen. Und genau diese Arbeit wird in Landau jetzt erledigt, damit es zum SEPA-Start am 1. Februar 2014 keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Lastschrift gibt. Bei der Prüfung vermerkte der Projektmitarbeiter die SEPA-Konformität der Einzugsermächtigung im Finanzverfahren OK.FIS der AKDB. Schon nach dieser Prüfung mussten rund 1.000 Einzugsermächtigungen nachbearbeitet werden, weil die Bankleitzahl nicht mehr korrekt war oder der abweichende Kontoinhaber nicht mit der vollständigen Adresse erfasst wurde.

Parallel wird das Papierdokument verscannt. „Dies sowie die Speicherung in der elektronischen Mandatsakte machen wir gleich mit. Wenn die Bank des Zahlers die Vorlage des Mandats verlangt, gibt es kein Problem, dieser Verpflichtung nachzukommen“, so Zechbauer. Der Kassenleiter, der als Pilotkunde die inzwischen allen Kunden zur Verfügung stehenden SEPA-Funktionalitäten auf Herz und Nieren geprüft hat, ist froh, mit der AKDB einen Partner zu haben, der „wie ich erkannt hat, dass SEPA eine Herausforderung ist, die man ernst nehmen muss“.



Thomas Zechbauer, Kassenleiter der Stadt Landau/Pfalz, hat sich schon intensiv mit SEPA beschäftigt.



Die Mandatos App bietet im Sitzungsmanagement völlig neue Möglichkeiten.

Mandatos App bietet völlig neue Möglichkeiten

Sitzungsmanagement immer und überall

Apps sind kleine Anwendungen für Smartphones und Tablet-Computer wie iPhone und iPad. Seit 2010 existieren auf dem Markt mehr als 500.000 solcher Applikationen für die verschiedenen Bereiche wie Office-Anwendungen, Ratgeber oder Sport. Seit Kurzem steht mit der Mandatos App eine Anwendung für das iPad bereit, die Gremienmitgliedern ein Sitzungsmanagement mit völlig neuen Möglichkeiten bietet.

Mit der Mandatos App haben Gremienmitglieder ihre Sitzungsunterlagen, Notizen, Termine und Kontakte immer und überall griffbereit auf ihrem iPad-Bildschirm zur Verfügung. Auf dem Tablet-PC können Sitzungsunterlagen aus Microsoft Office oder als PDF nicht nur gelesen, sondern auch

bearbeitet werden. Papierbasierte Arbeitsabläufe gehören der Vergangenheit an. Die Mandatos App entstand auf der Grundlage von Session und SessionNet, der Lösung für Sitzungsmanagement und digitale Gremienarbeit der AKDB und der LivingData. Ob Vorlagen, Tagesordnungen oder Einladungen: Mit der Mandatos App können Gremienmitglieder, Entscheider und Meinungsführer sämtliche Sitzungsdokumente einsehen und bearbeiten. Durch die automatische Synchronisation aller Dokumente sind diese immer auf dem neuesten Stand. So hat der moderne Mandatsträger sein Gremienbüro immer mit dabei.

Für eine optimale Sitzungsvorbereitung ist eine moderne Volltextrecherche ebenso wichtig wie praktisch. Mit der Offline-Funktionalität der

Mandatos App kann auch ohne Internetverbindung in selbstverständlich geschützten Sitzungsdokumenten recherchiert werden. Die Apple Spotlight-Suche sucht darüber hinaus in Terminen und Kontakten. Und hat ein Politiker mehrere kommunalpolitische Tätigkeiten, ist durch die Mandantenfähigkeit der App die Möglichkeit gegeben, verschiedene SessionNet-Informationssysteme in einer Anwendung parallel zu betreiben.



Interview mit Philipp Schuster, Auszubildender in Nürnberg

„Erstmal erfolgreich meine Ausbildung abschließen ...“



Philipp Schuster,
Auszubildender bei der AKDB-
Geschäftsstelle Mittelfranken

Philipp Schuster ist seit dem 1. September 2012 der erste Auszubildende in der AKDB-Geschäftsstelle Mittelfranken. Der gebürtige Nürnberger ist 17 Jahre alt und Absolvent der staatlichen Realschule in Röthenbach. Sein Ziel: Kaufmann für Bürokommunikation. Zwischen 7.30 und 8.00 Uhr morgens beginnt er seine Arbeit. Sie macht ihm Spaß, alle Kollegen haben ihn, sagt er, herzlich und nett aufgenommen. Das freut uns natürlich und so soll es auch bleiben ...

Herr Schuster, wie sind Sie auf die AKDB als Ausbildungsstelle gekommen?

Philipp Schuster: Nach meinem Realschul-Abschluss habe ich mich im Internet nach einer Ausbildung als Kaufmann für Bürokommunikation in der Nähe von Nürnberg umgesehen. Auf der Website www.meinestadt.de bin ich dann auf einige Unternehmen gestoßen, darunter auch die AKDB. Das Stellenangebot hat mir zugesagt, deswegen habe ich mich beworben. Hat auch gleich geklappt.

Was gefällt Ihnen bei der AKDB am besten?

Schuster: Besonders gut gefällt mir das wirklich familiäre Arbeitsklima in der AKDB-Geschäftsstelle Mittelfranken. Die Kollegen haben mich von meinem ersten Arbeitstag an gut aufgenommen, ich habe mich sofort sehr wohl gefühlt. Alle Kollegen der Geschäftsstelle und vor allem mein Ausbilder Hans-Peter Osterkamp haben mich in allen Belangen unterstützt und standen mir für jede Frage immer Rede und Antwort.

Was dürfen Sie schon alles machen?

Schuster: Bisher durfte ich in der Verwaltung mitarbeiten. Hierbei zählen zu meinen Aufgaben, die Ausgaben der Geschäftsstelle zu dokumentieren, Dienstreisen zu buchen, die Post zu verwalten und Kundenschulungen organisatorisch vorzubereiten. Ich konnte aber auch

schon im Vertriebsinnendienst mit-helfen, Vertragsangebote über die Vertriebsdatenbank erstellen und Dokumente im Dokumentenmanagement-System komXwork ablegen. Die meiste Zeit verbrachte ich bisher im Kundenservice im Geschäftsfeld Personalwirtschaft, wo ich Kundenanfragen aufgenommen und schon erste Anfragen bearbeitet habe. Ein Highlight war die Teilnahme an einer Kundenfachtagung der Personalsoftware OK.PWS. Alle diese Tätigkeiten haben mir das Kennenlernen der verschiedenen AKDB-internen Programme spürbar erleichtert.

Wie sehen Sie Ihre Perspektiven für später?

Schuster: Zunächst einmal möchte ich meine Ausbildung erfolgreich abschließen. Danach würde es mir Spaß machen, meine Fähigkeiten im Bereich Marketing und Vertriebskoordination einzubringen, da ich gerne viel Kontakt mit Menschen habe.

Was machen Sie abseits der AKDB privat gerne?

Schuster: In meiner Freizeit betreibe ich viel Sport. Dazu zählt unter anderem der Besuch des Fitnessstudios. Daneben spiele ich sehr gerne Fußball und Basketball, die klassischen Sportarten. Natürlich versuche ich, bei diesen Hobbys möglichst mit meinen Freunden zusammen zu sein. Außerdem spiele ich gerne Gitarre, früher habe ich dafür Unterricht genommen.

Personalmanagement der Zukunft

Passgenaue Lösungen!



Prognosen sind schwierig – besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Diese dem dänischen Physiker Niels Bohr zugeschriebenen Worte verdeutlichen in besonderer Weise die Herausforderungen, die auf die Personalstellen der öffentlichen Verwaltungen zukommen werden. Denn

der demografische Wandel macht es zukünftig immer schwerer, gute Mitarbeiter zu finden. Diese Entwicklung trifft Personalverwaltungen doppelt. Ihre Aufgaben nehmen zu und ändern sich. Ein enger Arbeitsmarkt sollte die eigene Handlungsfähigkeit nicht gefährden. Umso wichtiger wird es

werden, sich mit einem verlässlichen Partner durch geeignete IT-Lösungen von Routineaufgaben zu befreien. Mit Spezialisierung und Konzentration auf das Wesentliche können die Herausforderungen leichter gemeistert werden. Lesen Sie dazu mehr in der nächsten Report-Ausgabe.

AKDB report | Magazin für Kommunen
26. Jahrgang · Heft 01.13

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12 - 16, 80686 München,
Telefon +49 89 5903-0,
Telefax +49 89 5903-1845,
E-Mail presse@akdb.de, www.akdb.de

Herausgeber

Alexander Schroth, Geschäftsführender Direktor,
Telefon -1824, alexander.schroth@akdb.de

Redaktion

Hans-Peter Mayer (verantw.), Telefon -1532,
hans-peter.mayer@akdb.de,
Andreas Huber, Telefon -1294,
andreas.huber@akdb.de,
Susanne Schuster, Telefon -1891,
susanne.schuster@akdb.de

Konzept, Design

INCREON GmbH, 85737 Ismaning

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR. Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos. Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB. © 2013 AKDB

Fotonachweise:

Stadt Ingolstadt: Titelbild
AKDB: S. 3-4, 9, 12, 15, 26-27, 30
Accenture GmbH: S. 5 oben
wikipedia/Lokilech: S. 5 unten
iStockphoto: S. 6, 16, 22, 24, 32
kommunalBIT AöR: S. 10
wikipedia/RicoWeitzel: S. 11
Bundesministerium des Innern: S. 13
Getty Images: S. 14
Stadt Hof: S. 17
Manuel Mauer: S. 18-19
Fancy: S. 20, 25, 31
Stadt Landau/Pfalz: S. 28
Apple: S. 29 (iPad is a trademark of Apple Inc.)



„Der Winter ist keine Jahreszeit,
sondern eine Aufgabe.“

Sinclair Lewis

AKDB